

Aktuelle Trends

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur aktuell:
Aufschwung in Deutschland vertagt

Udo Ludwig/Hans-Ulrich Brautzsch

Die Hochwasserkatastrophe
und das Sozialprodukt in Deutschland

Martina Kämpfe/Thomas Linne

Gestiegenes Risikopotenzial für Finanzkrisen
in Mittel- und Osteuropa: Gegenmaßnahmen
dämpfen Konjunkturaufschwung

Walter Komar/Joachim Ragnitz

Effekte eines beschleunigten Ausbaus
der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland –
Das Beispiel der A 72 Chemnitz-Leipzig

Brigitte Loose

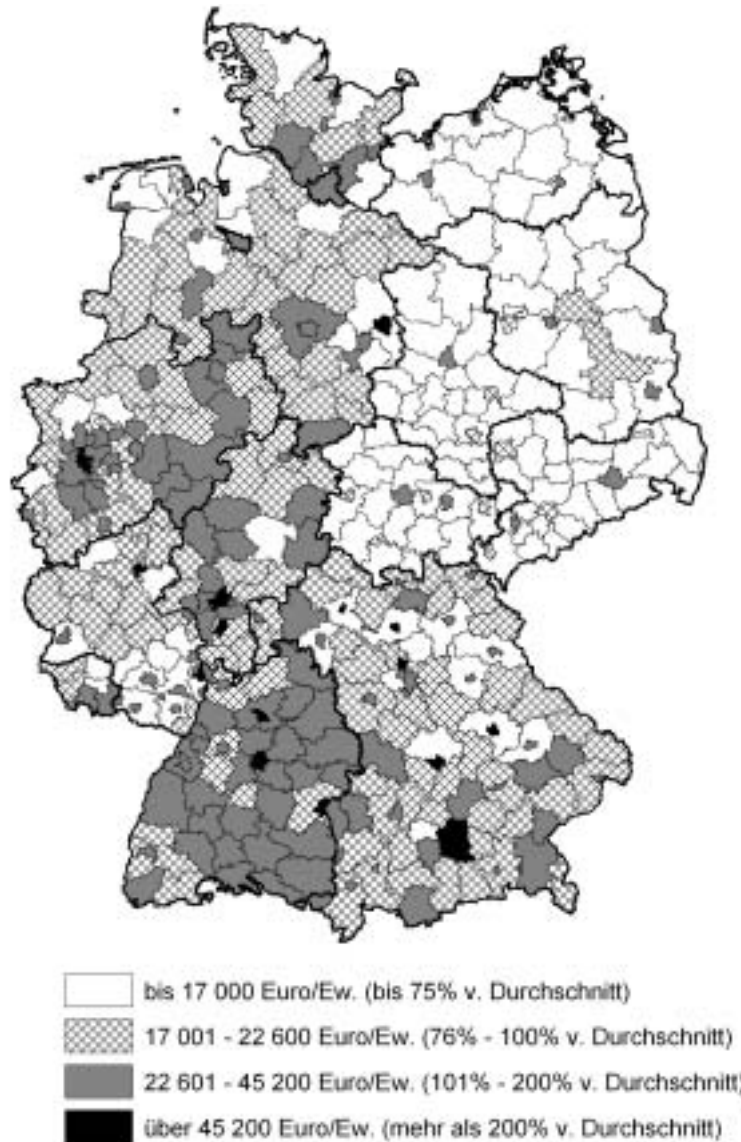
IWH-Bauumfrage im August 2002

12/2002

25.09.2002, 8. Jahrgang

Aktuelle Trends

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner zu Marktpreisen in Euro im Jahr 2000



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, 2002.
Quelle: Darstellung des IWH.

Für einen Vergleich der wirtschaftlichen Leistungskraft von Regionen wird vielfach das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner verwendet. Dieser Indikator wird auch als „Pro-Kopf-Einkommen“ bezeichnet. Die Karte basiert auf den vor kurzem veröffentlichten Daten über das regionale Pro-Kopf-Einkommen zu Marktpreisen im Jahr 2000. Es lag zwischen 10 700 Euro im Mittleren Erzgebirgskreis und 72 600 Euro im Landkreis München.

Nur fünf ostdeutsche Städte (Zwickau, Neubrandenburg, Schwerin, Erfurt und Potsdam) lagen über dem westdeutschen Durchschnitt, dennoch fielen sie nicht in die Gruppe der 50 leistungsfähigsten Regionen, zu denen fast nur kreisfreie Städte in Westdeutschland gehörten.

Rupert Kawka (Rupert.Kawka@iwh-halle.de)

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland vertagt

Nach Veröffentlichung der neuesten Quartalsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat das IWH seine Konjunkturprognose auf den Prüfstand gestellt und korrigiert. Außerdem wurden die Folgen der Hochwasserkatastrophe auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität abgeschätzt. Während die Flut in Deutschland insgesamt im Großen und Ganzen konjunkturneutral wirken dürfte, lässt sie die für dieses Jahr bis dahin vorhandenen schwachen Wachstumsaussichten im Ostteil gänzlich schwinden. Bestenfalls kommt es hier zur Stagnation des Bruttoinlandsprodukts. Im nächsten Jahr dagegen wird der öffentliche und private Mitteleinsatz zur Behebung der Flutschäden die Produktion in Ostdeutschland stimulieren.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat in der ersten Jahreshälfte nur geringfügig zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist zwar gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch gesunken, nach dem Tiefpunkt Ende des vergangenen Jahres hat es aber von Quartal zu Quartal jeweils einen Zuwachs von 0,3% gegeben. Die zyklische Wende wurde damit vollzogen. Allerdings bleiben die mageren Zuwächse selbst hinter den geringen Erwartungen in den meisten Prognosen zurück. Die Inlandsnachfrage hat im Frühjahr leicht angezogen, das Vertrauen der Konsumenten und Investoren in den Aufschwung ist jedoch noch nicht gefestigt. Vor allem aber weisen wichtige Frühindikatoren der Konjunktur wie die Auftragseingänge in der Industrie und die Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr auf eine deutliche Kräftigung des Aufschwungs im zweiten Halbjahr hin. Frühestens im Schlussquartal wird sich das Wachstum beschleunigen. Im Durchschnitt dieses Jahres wird das Bruttoinlandsprodukt wie im Vorjahr nur um 0,6% zunehmen und damit um drei zehntel Prozentpunkte weniger als vom IWH im Sommer veranschlagt.¹

Verantwortlich für die Korrektur der Prognose sind Änderungen in einigen Rahmenbedingungen. So fehlt der Weltwirtschaft im Gefolge der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in den USA und im Euroraum der erwartete Schwung, daher entwickeln sich die Exporte aus Deutschland flacher. Außerdem haben sich die weltpolitischen

Risiken erhöht, und die Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten dauert wider Erwarten an. Deshalb ist auch die Übertragung der an sich schon geringen Auslandsimpulse auf die inländische Nachfrage gestört. Zudem erreicht die wirtschaftliche Schwäche aus dem vergangenen Jahr erst jetzt voll den Arbeitsmarkt und dämpft den Konsum der privaten Haushalte. Außerdem trüben die anhaltenden Vermögensverluste auf den Aktienmärkten die Stimmung der Konsumenten ein und beschränken ihr Ausgabeverhalten. Unter der Schwäche im Wachstum der Exporte und des Konsums leiden die Absatz- und Ertragsaussichten der Investoren. Hinzu kommen auch hier die negativen Wirkungen des Verfalls der Aktienkurse, wodurch die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen beeinträchtigt werden.

Die Aussichten auf Besserung der Konjunktur bestehen trotzdem fort. Unter der Annahme, dass ein Krieg mit dem Irak vermieden werden kann oder seine wirtschaftlichen Folgen in engen Grenzen gehalten werden, wird der Aufschwung in der Weltwirtschaft nach Überwindung der derzeitigen Konjunkturschwäche in den USA wieder an Dynamik gewinnen. Aufgrund der rückläufigen Inflationsgefahren in der Europäischen Währungsunion ist mit einer baldigen Zinswende jetzt nicht mehr zu rechnen, sodass die expansiven Wirkungen der Geldpolitik auch im nächsten Jahr anhalten dürften. Allerdings wird die Finanzpolitik – wie bislang erwartet – mit der Verschärfung des Konsolidierungskurses der öffentlichen Haushalte konjunkturelle Bremsspuren hinterlassen.

Die Finanzpolitik hat die Herausforderungen der Flutkatastrophe angenommen und ein Hilfspaket aufgelegt, das im Großen und Ganzen konjunkturneutral wirken dürfte.² Die Mehreinnahmen aus den steuerlichen Maßnahmen werden über die öffentlichen Haushalte zur Beseitigung der Flutschäden weitgehend nachfragewirksam. Allerdings dürfte der Vorgriff auf den Hilfsfonds die Defizitquote im laufenden Jahr leicht erhöhen. Die Obergrenze im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 3% wird aber vor allem wegen der strukturellen Fehlentwicklungen im Haushalt und wegen der Konjunkturschwäche überschritten. Im nächsten Jahr wird die Defizitquote auf 2,2% zurückgehen. Ein

¹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur 2002 und 2003: Achillesferse Investitionstätigkeit, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2002, S. 279 ff.

² Vgl. LUDWIG, U.; BRAUTZSCH, H.-U.: Die Hochwasserkatastrophe und das Sozialprodukt in Deutschland, in diesem Heft.

„nahezu ausgeglichener“ öffentlicher Gesamthaushalt im Jahr 2004 wird immer unwahrscheinlicher.

Anregungen auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts werden im Jahr 2003 von allen Nachfrageaggregaten ausgehen. Wegen der steuerlichen Finanzierung des Aufbau-Hilfsfonds zur Beseitigung der Flutschäden wird zwar den Privaten Einkommen entzogen, und deshalb wird der Konsum der privaten Haushalte deutlich langsamer zulegen als bislang prognostiziert. Dafür erhalten die Anlageinvestitionen einen temporären Schub. Denn der Mittelzuwachs aus öffentlichen und privaten Quellen von geschätzt 10 Milliarden Euro dürfte die Verdrängung privater Investitionen durch die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform und die vorübergehende Anhebung der Körperschaftsteuer weit überwiegen. Insgesamt werden die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten im nächsten Jahr die Wende zum Plus vollziehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Vergleich zum laufenden Jahr um 2,3% steigen, und das Wachstum wird überwiegend von der Inlandsnachfrage kommen. Dies zieht einen kräftigen Anstieg der Importe nach sich, sodass trotz zunehmender Exporte der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft fällt.

Die konjunkturelle Wende wird erst im kommenden Jahr am Arbeitsmarkt ankommen. Die Erwerbstätigkeit wird sich um knapp 200 000 Personen auf nahezu 39 Millionen erhöhen. Der Beschäftigungsaufbau wird sich allerdings auf Westdeutschland konzentrieren. Die Arbeitslosenzahl wird die Vier-Millionen-Marke wieder unterschreiten.

Sonderentwicklung in Ostdeutschland

Die Flutkatastrophe wirkt zwar deutschlandweit konjunkturneutral, aufgrund der Schadenskonzentration auf Sachsen und Sachsen-Anhalt gleichen sich Verluste und Impulse für die ostdeutsche Wirtschaft aber nicht aus. Die Produktionsausfälle lassen die bislang schon geringen Wachstumserwartungen für dieses Jahr gänzlich schwinden. Der Mitteleinsatz zur Beseitigung der Schäden wird die Produktion jedoch ab dem Schlussquartal anregen.

Die Zerstörung von Produktions- und Dienstleistungsanlagen entlang der Elbe und ihrer Zuflüsse hat die wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Sommer deutlich beeinträchtigt. In den am meisten betroffenen Regionen Sachsens und Sachsen-Anhalts muss deshalb von Abstrichen am Wachstum in diesem Jahr ausgegangen werden. Da sich in Ostdeutschland die wirtschaftliche Aktivität bereits vor dem Hochwasser schwächer als prognostiziert

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2002 und 2003

	2001	2002	2003
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	1,5	-0,2	1,7
Staatskonsum	0,8	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	-5,3	-4,0	3,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,4	-5,5	5,2
Bauten	-6,0	-2,8	1,2
Inländische Verwendung	-0,8	-0,5	2,9
Exporte	5,0	2,7	8,5
Importe	1,0	-0,3	11,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	2,3
dar.: Ostdeutschland**	-0,1	0,0	3,5
Nachrichtlich: USA	0,3	2,4	3,3
Euroraum	1,5	1,0	2,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,0	2,7	2,9
Effektivlöhne je Stunde	1,9	2,7	2,9
Lohnstückkosten ^b	0,7	1,3	1,0
Preisindex für die Lebenshaltung	2,5	1,4	1,6
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^c	38 917	38 774	38 965
Westdeutschland**	33 096	33 036	33 225
Ostdeutschland*	5 821	5 738	5 740
Arbeitslose ^c	3 852	4 022	3 908
Westdeutschland**	2 592	2 752	2 664
Ostdeutschland*	1 259	1 270	1 244
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,0	9,4	9,1
Westdeutschland**	7,3	7,7	7,4
Ostdeutschland*	17,8	18,1	17,8
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	2,8	3,1	2,2

^a Der Wachstumsverlust wegen der Flutkatastrophe wurde für das Jahr 2002 ohne Aufholeffekte und Impulse aus Reparaturarbeiten u. ä. auf 0,3 Prozentpunkte und der Wachstumsgewinn infolge des Mitteleinsatzes zur Beseitigung der Flutschäden im Jahr 2003 auf zwei Prozentpunkte geschätzt. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Einschließlich der geförderten Personen in herkömmlichen Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Nationale Definition. – ^e Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH (Stand: 04. Sept. 2002).

entwickelt hatte und sich auch die Aussichten nur wenig aufhellten, ist für das Jahr 2002 allenfalls noch mit Stagnation zu rechnen. Die Wachstumsverluste von geschätzt 0,3 Prozentpunkten werden in den restlichen Monaten dieses Jahres nicht von den Aufholeffekten und den Anregungen aus dem Hilfsfonds für die Flutopfer aufgewogen werden können.

Insgesamt werden von der Aufbauhilfe öffentliche und private Bauinvestitionen von geschätzt 8,6 Mrd. Euro angestoßen. Das Gros wird im Jahr 2003 produktionswirksam, und es wird von ostdeutschen Anbietern und ihren Zulieferern in der Industrie und im Dienstleistungssektor realisiert werden. Der Bauwirtschaft hilft dies jedoch nur vorübergehend aus der Misere. Nach dem Ausklingen des Auftragsschubs wird der Abbau der Überkapazitäten weitergehen.

Die Wiederherstellung der zerstörten Maschinen und Ausrüstungen der Betriebe wird dagegen weitgehend zu Aufträgen und Produktion im Investitionsgütergewerbe außerhalb Ostdeutschlands führen. Das gilt auch für den Ersatz der durch die Fluten beschädigten Ausstattungsgüter der privaten Haushalte. Wenn für rund die Hälfte der zur Beseitigung der Flutschäden mobilisierten öffentlichen und privaten Mittel ostdeutsche Produktions- und Dienstleistungsbetriebe Aufträge erhalten, bedeutet die zusätzliche Produktion einen regionalen Wachstumsimpuls von zwei Prozent im Jahr 2003. Insgesamt dürfte dann das Bruttoinlandsprodukt im Osten um 3,5% wachsen.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

Die Hochwasserkatastrophe und das Sozialprodukt in Deutschland

Die Flut an Elbe, Donau und deren Nebenflüssen hat materielle Schäden in Milliardenhöhe hinterlassen. Die Schätzungen belaufen sich auf 15 Milliarden Euro und mehr. Infrastrukturanlagen wie Straßen, Schienenwege, Brücken und Deiche wurden zerstört, Produktionsbetriebe, Handelsgeschäfte und Dienstleistungseinrichtungen beschädigt, Wohngebäude und Hausrat in Mitleidenschaft gezogen. Bei der Ermittlung der Auswirkungen dieser Schäden auf das Bruttoinlandsprodukt stehen jedoch nicht die Verluste an diesen Vermögensbestandteilen im Blickpunkt, sondern ihre Folgen für die wirtschaftliche Leistung, d. h. für die laufende und künftige Produktion.

Als der umfassendste Indikator für die wirtschaftliche Leistung der Bewohner einer Region galt viele Jahrzehnte das Bruttosozialprodukt. Seit den neunziger Jahren wird an dessen Stelle sein Kernstück, das Bruttoinlandsprodukt, als Messlatte bevorzugt. Es entspricht dem Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem bestimmten Zeitabschnitt in der Region erzeugt, aber nicht wieder in derselben Periode im regionalen Produktionsprozess verbraucht werden. Im Jahr 2001 betrug es für die Region Deutschland rund 2 Billionen Euro.

Die Produktionsausfälle infolge der Flut sind bislang nicht genau bekannt und müssen deshalb geschätzt werden. Laut den ersten Übersichten waren in Sachsen 10 000 Betriebe und in Sachsen-Anhalt rund 2 000 Betriebe direkt vom Hoch-

wasser betroffen. Das entspricht bei rund 400 000 Betrieben in Ostdeutschland 3% des gesamten Bestandes. Einige von ihnen, darunter vor allem kleine Handelsbetriebe und Dienstleistungstätten, haben Totalschaden genommen. Andere, darunter große Industriebetriebe, blieben in Takt und mussten die Produktion „nur“ unterbrechen, da sie durch das Hochwasser vom Umland abgeschlossen waren. Nach dem Abfluss des Hochwassers können deshalb die einen Betriebe sofort wieder produzieren, andere können dies erst nach einer gewissen Zeit, wenn die verschmutzten Anlagen gereinigt, die Schäden repariert oder die zerstörten Teile durch neue ersetzt worden sind. Einige Unternehmer werden auch aufgeben. Vor dem Hintergrund der großen Solidaritätswelle mit den Flutopfern und der schnellen finanziellen Hilfen der öffentlichen Hand kann wohl mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass die überwiegende Mehrheit der Unternehmer schnell wieder Mut fassen und die Zahl der Betriebsaufgaben klein bleiben wird. Der Produktionsausfall wird daher mit 1,5 Monaten im Durchschnitt je betroffenen Betrieb veranschlagt. Dabei ist auch berücksichtigt, dass einige Aufträge an von der Katastrophe verschonte Produzenten, Händler oder Dienstleister umgelenkt werden, in der Region Ostdeutschland insgesamt also nicht als Produktionsausfall zu Buche schlagen müssen. Die Produktionsausfälle entsprechen einem Verlust an

Wertschöpfung von rund einer $\frac{3}{4}$ Milliarde Euro in Ostdeutschland. Hochgerechnet auf alle Regionen mit Flutschäden sind das 1 Milliarde entgangene Wertschöpfung. Dies entspricht 0,05% des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2001. Dieser rechnerisch geringfügige kontraktive Effekt erreicht damit eine Größenordnung, die im Unschärfenbereich makroökonomischer Berechnungen liegt. Die Flut wirkt deshalb in diesem Jahr auf Deutschland insgesamt konjunkturneutral. Für Ostdeutschland gilt diese Aussage nicht, da sich die Produktionsausfälle auf die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt konzentrieren. Sie bedeuten einen Verlust an Bruttoinlandsprodukt für diese Länder von 0,9% in Sachsen und an 0,3% in Sachsen-Anhalt.

Zur Beseitigung der Flutschäden sind von der Bevölkerung Millionenbeträge an Euro gespendet worden, und es wurde von der öffentlichen Hand mit dem Fonds Aufbauhilfe ein Hilfsprogramm in Höhe von 7,1 Milliarden Euro aufgelegt. Dazu kommen Umschichtungen im Verkehrsetat in Höhe von 1 Mrd. Euro, Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, Mittel aus dem Strukturfonds der Europäischen Union in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, der Schadenersatz durch die Versicherungen und Investitionsausgaben, die bei privaten Haushalten für den Wohnungsbau und bei Unternehmen für den Ersatz zerstörter und beschädigter Maschinen, Ausrüstungen und Gebäuden mobilisiert werden. Damit können einschließlich der Umschichtungen und Einsparungen in den öffentlichen Haushalten geschätzt 13,5 Milliarden Euro zur Beseitigung der Flutschäden an Elbe und Donau und deren Nebenflüssen eingesetzt werden. Bei dieser Größenordnung stellt sich die Frage, ob dieser Mitteleinsatz nicht einen entsprechend kräftigen Produktionsanstoß auslöst, der die lahrende Konjunktur auf Trab bringen kann. Schließlich sind allein die aus öffentlichen Quellen bereitgestellten Mittel in Höhe von 9,8 Mrd. Euro eine nicht unbeträchtliche Summe, auch wenn sie „nur“ knapp 0,5% des Bruttoinlandsprodukts und 1% der Ausgaben des Gesamthaushalts vom Jahr 2001 entspricht.

Nicht alle öffentlichen Ausgaben sind jedoch zusätzlicher Natur. Abzusetzen sind bei der Feststellung der Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt alle Umschichtungen und Einsparungen in den öffentlichen Haushalten. Diese Gelder wären auch ohne Hochwasserkatastrophe ausgegeben worden und dürften sich auf zwei Milliarden Euro belaufen. Dann bleiben 7,8 Milliarden Euro, die zusätzlich an öffentlichen Mitteln an die Flutopfer ausgereicht werden können. Die genaue Verwen-

dung dieser Aufbauhilfen ist nicht bekannt, sodass auch hier eine Schätzung vorgenommen werden muss. Eine knappe Milliarde dürfte direkt den privaten Haushalten für den Ersatz der beschädigten Möbel und Raumtextilien, Waschmaschinen, Kühlschränke, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Telefonanlagen, mit einem Wort, der Ausstattungsgegenstände der Haushalte, zugute kommen. Knapp 7 Milliarden Euro werden wohl als Finanzhilfen für gewerbliche Anlageinvestitionen oder als Mittel für öffentliche Bauinvestitionen zur Behebung der Schäden am privaten und öffentlichen Kapitalstock verwendet.

Den staatlichen Hilfen hinzuzufügen sind die privaten Spenden für die Flutopfer und der Schadensausgleich durch die Versicherungen, aber auch die Mobilisierung privaten Kapitals für Investitionen. Wird von einem Eigenanteil an der Finanzierung des Wohnungsbaus von 50%, des Wirtschaftsbaus und der Beschaffung von Ausrüstungsgütern von 30% ausgegangen, dann kommen zu den öffentlichen Investitionsausgaben noch 3 Milliarden Euro aus privaten Quellen. Dies bedeutet einen Investitionsaufwand von insgesamt knapp 10 Milliarden Euro, darunter 8,6 Milliarden Euro für Bauinvestitionen. Die von den öffentlichen und privaten Quellen zur Beseitigung der Flutschäden zusätzlich angestoßene Nachfrage richtet sich damit zu 85% auf Investitions- und zu 15% auf Konsumgüter.

Zusätzliche Ausgaben zur Wiederherstellung der von der Flut zerstörten Infrastruktur und Betriebsanlagen der Unternehmen, zur Schadensbeseitigung an den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden sowie nicht zuletzt an den Ausstattungsgegenständen der privaten Haushalte bedeuten in der Tat zunächst vor allem auch neue Nachfrage an Investitions- und Konsumgütern und damit einen Impuls für die Wirtschaft. Allerdings bliebe eine solche Betrachtung einseitig, solange die Beschaffung der erforderlichen öffentlichen Mittel außer acht gelassen wird. Hier spricht das „Flutopferhilfegesetz“ eine klare Sprache: die öffentlichen Ausgaben werden über Steuern finanziert, und zwar durch die Verschiebung der für das Jahr 2003 geplanten Stufe der Steuerreform und die Erhöhung der Körperschaftsteuer um 1,5%. Steuerfinanzierung bedeutet aber zugleich Einkommensenzug bei den Privaten. Gegenüber der derzeitigen Lage lässt sich dies zwar bis auf die Anhebung der Körperschaftsteuer im Wesentlichen nicht beobachten, aber im Vergleich mit der geplanten steuerlichen Besserstellung im nächsten Jahr schon. Die zusätzlichen Staatsausgaben sind also nicht zum

Tabelle:

Nettoeffekt des öffentlichen und privaten Mitteleinsatzes zur Behebung der Flutschäden*

	Produktionswert	Bruttowert- schöpfung	Erwerbstätige
	Direkter und indirekter Effekt		
	Mio. Euro	Mio. Euro	1 000 Personen
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Steine und Erden	3 830	1 470	27,5
Bauleistungen	7 070	3 070	91,3
Handels- und Verkehrsleistungen	-270	-100	-9,5
Finanzierung und Vermietung, unternehmensnahe Dienstleistungen	990	740	12,9
Öffentliche und konsumnahe private Dienstleistungen, sonstige	-450	-300	-9,2
Insgesamt	11 170	4 880	113,0

* Saldo zwischen den Wirkungen des Mitteleinsatzes zur Behebung der Flutschäden und den entgangenen Konsumeffekten infolge der Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2000; Input-Output-Rechnungen des IWH.

Nulltarif zu haben. Deshalb muss der expansive Effekt der Ausgabenhöhung mit dem kontraktiven Effekt der Einkommensminderung der Privaten verglichen werden, um per saldo auf den konjunkturellen Impuls schließen zu können. Exakt berechnen kann man diese Effekte nicht, wohl aber wenigstens über die Nachfrageseite abschätzen.

Die expansiven Effekte lassen sich näherungsweise bestimmen, wenn die Ausgaben – wie oben – den absehbaren investiven und konsumtiven Zwecken zugeordnet werden. Bei den kontraktiven Effekten müssen plausible Annahmen getroffen werden. So kann man von den für 2003 geplanten steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte und Unternehmen ausgehen und eine nach Steuer-senkungen übliche, etwas stärkere Sparneigung unterstellen als zuletzt beobachtet. Dann ist bei den Mindereinkommen der Privaten durch die Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform und die Erhöhung der Körperschaftsteuer mit einem kontraktiven Nachfrageeffekt beim Konsum in Höhe von 4,9 Milliarden Euro zu rechnen. Die schädlichen Wirkungen der verschobenen Reformstufe und die Anhebung der Körperschaftsteuer auf das Angebotsverhalten der Akteure lassen sich schwer quantifizieren und bleiben hier ausgeklammert. Per saldo ist der kontraktive Effekt beim privaten Konsum geringer, da auch die Beseitigung der Flutschäden Konsumausgaben einschließt. Der Nettoeffekt bleibt negativ, beträgt aber nur noch 3,2 Milliarden Euro. Dem steht ein expansiver Effekt bei den Investitionen in Höhe von geschätzt

knapp zehn Milliarden Euro gegenüber. Die von der Beseitigung der Flutschäden per saldo angestoßene zusätzliche Nachfrage beläuft sich auf rund 6,5 Mrd. Euro. Das sind 0,3% des Bruttoinlandsprodukts von 2001. Auch eine solche Größenordnung befindet sich noch im Unschärfebereich makroökonomischer Berechnungen. Von einem Konjunkturprogramm für Deutschland kann nicht die Rede sein.

Nicht alle Ausgaben werden im Inland produktionswirksam, ein Teil fließt in die Käufe von Importgütern. Beim Konsum ist die Importquote im Durchschnitt kleiner als beim Kauf von Ausrüstungsgütern für Investitionen, bei Bauinvestitionen ist sie vernachlässigbar gering. Daraus ergibt sich neben dem Niveau- ein Struktureffekt für die inländische Produktion. Die Umlenkung der Einkommen von den Privaten zum Staat bewirkt strukturelle Umschichtungen der Nachfrage zwischen Konsum und Investitionen und hat von daher verschiedene Wirkungen auf die einzelnen Produktions- und Dienstleistungszweige in der Wirtschaft. Da sich die in die Schadensbeseitigung einbezogenen Produktions- und Dienstleistungsbereiche auch nach der Arbeitsintensität unterscheiden, ergeben sich mit den sektoralen Produktionseffekten zugleich verschiedene Beschäftigungseffekte.

Der Impuls aus dem Einsatz der öffentlichen und privaten Mittel zur Behebung der Flutschäden hat einen klaren Gewinner, das Baugewerbe. Angenommen, alle Ausgaben werden im nächsten Jahr produktionswirksam, dann werden hier rund 90 000

Arbeitsplätze gesichert, allerdings befinden sich darunter auch Eigenleistungen der privaten Haushalte, Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit. Nur ein Teil des Effekts kommt deshalb letztlich den Bauunternehmen zugute, wenn auch der größte. Klare Verlierer sind die Hersteller von Verbrauchsgütern, der Handel, das Gastgewerbe, der Verkehrssektor und die Anbieter privater konsumnaher Dienstleistungen. Verantwortlich dafür ist der Entzug von Einkommen bei den privaten Haushalten

durch die Verschiebung der für 2003 geplanten Steuererleichterungen. Gewinner sind auch die Erzeuger von Gebrauchs- und Investitionsgütern, von industriellen Vorleistungsgütern vor allem für die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie die Anbieter von unternehmensnahen Dienstleistungen.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)
Hans-Ulrich Brautzsch
(Hans-Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

Gestiegenes Risikopotenzial für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Gegenmaßnahmen dämpfen Konjunkturaufschwung

Das Risikopotenzial für eine Finanzkrise stieg zuletzt in einigen wichtigen mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) deutlich an. Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht vordringlich in einer Korrektur der derzeit noch expansiv angelegten Fiskalpolitik. Davon sind für das Jahr 2003 dämpfende Impulse für den konjunkturellen Aufschwung zu erwarten. Positive Impulse werden dagegen von einem Anziehen der westeuropäischen Konjunktur gegen Ende des Jahres 2002 für die Exporte der Unternehmen in Mittel- und Osteuropa ausgehen. Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate wird im Jahr 2003 mit rund 4% etwas höher ausfallen als im laufenden Jahr. Dafür ist im Wesentlichen die russische Wirtschaft verantwortlich, die ebenfalls von der westeuropäischen Konjunkturbelebung profitieren wird. Im Jahr 2002 wird das Wachstum in der Region mit 3% deutlich geringer ausfallen als noch im Jahr zuvor.

Risikopotenzial stark gestiegen

Das mit Hilfe der IWH-Frühwarnindikatoren gemessene Risikopotenzial für Währungs- und Bankenrisiken (Finanzkrisen) ist in einigen wichtigen mittel- und osteuropäischen Ländern deutlich gestiegen.³ Eine wesentliche Ursache für den Anstieg war die Wachstumsabschwächung in Westeuropa, aber auch inländische Faktoren spielten in einigen

Ländern eine dominierende Rolle. Insgesamt verfestigte sich damit der in den vorangegangenen Untersuchungen konstatierte Anstieg des Risikopotenzials.⁴

Seit der Jahresmitte 2001 nahm die Intensität der Signale, gemessen an der Abweichung der Werte der einzelnen Variablen vom kritischen Schwellenwert, zu. Dies galt besonders für die Indikatoren „Industrieproduktion“ und „Exporte“. Häufige Signale gingen vom Budgetsaldo, den Devisenreserven und den Geldmengenindikatoren (M2-Multiplikator, Verhältnis von M2 zu den Devisenreserven) aus. Während der Rückgang bei der Industrieproduktion und den Exporten im Wesentlichen auf exogene Faktoren zurückzuführen war, deuteten die Signale des Indikators „Budgetsaldo“ auf hausgemachte Probleme hin. Besonders in Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei war die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet.

Gleichwohl war die Entwicklung des Anfälligkeitsniveaus in den Ländern unterschiedlich: Das Risikopotenzial ging im Betrachtungszeitraum in den baltischen Ländern sowie in Bulgarien, Rumänien und Slowenien zurück. In diesen Ländern stützte die private Nachfrage die Konjunktur. Zudem fiel der Rückgang der Exporte geringer aus als in den anderen Ländern. Hingegen war eine deutliche Zunahme des Risikopotenzials im Vergleich zu den vorangegangenen Untersuchungen in Polen, Ungarn, der Slowakei und Russland zu verzeichnen. Polen und Ungarn wiesen in der elf

³ Zur Methodik des Signalansatzes als Frühwarnsystem vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Die Bestimmung des Risikopotenzials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems – Eine Untersuchung der EU-Beitrittskandidatenländer und ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. Schriften des IWH, Bd. 13. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2002.

⁴ Vgl. hierzu BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Weiterhin hohes Risikopotenzial für Finanzkrisen in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2002, S. 23-29.

Tabelle:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Polen	24,7	1,0	0,8	3,0	5,5	3,5	3,5	16,2	18,0	17,5
Tschechien	8,0	3,3	3,0	3,5	4,7	3,0	3,5	8,6	8,0	7,5
Ungarn	7,3	3,8	3,2	3,8	9,2	6,0	6,0	5,7	5,5	5,5
Rumänien	5,6	5,3	3,5	4,2	32,9	25,0	20,0	6,5	11,0	10,0
Slowakei	2,9	3,3	3,0	3,3	7,3	4,0	3,5	18,3	18,0	17,5
Slowenien	2,6	3,0	3,0	3,8	8,4	7,5	6,5	6,4	5,5	5,0
Bulgarien	1,9	4,0	3,5	4,0	7,4	5,0	4,0	18,9	19,0	18,0
Mitteleuropa ^a	52,9	2,5	2,1	3,4	9,1	6,3	5,7	12,1	13,7	13,1
Estland	0,8	5,0	4,0	5,0	5,7	5,0	4,0	12,6	12,0	11,0
Lettland	1,1	7,6	5,0	6,0	2,5	2,0	2,0	13,0	12,0	11,0
Litauen	1,7	5,9	4,0	4,5	1,3	1,0	1,0	17,0	15,0	14,0
Baltische Länder ^a	3,5	6,2	4,3	5,1	2,6	2,2	2,0	14,8	13,4	12,4
Mitteleuropa und Baltikum ^a	56,4	2,7	2,2	3,5	8,7	6,1	5,5	12,3	13,7	13,1
Russland	43,6	5,0	4,0	5,0	21,6	16,5	15,0	8,9	8,0	7,0
Mittelosteuropa ^a	100,0	3,7	3,0	4,2	14,3	10,6	9,6	10,2	10,2	9,4

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar; Arbeitslosenquote standardisiert und gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2002 und 2003: Prognose des IWH.

Länder umfassenden Stichprobe das höchste Risikopotenzial auf. In Polen war nach wie vor die Hochzinspolitik der Nationalbank wesentlich für den Anstieg des Risikopotenzials verantwortlich. Die Nationalbank setzte die Zinspolitik ein, um eine Abwertung des Złoty zu verhindern. Die hohen Realzinsen führten allerdings auch zu einer deutlichen Abschwächung der privaten Kreditnachfrage und einem höheren Budgetdefizit. In Ungarn schlug sich der seit der zweiten Jahreshälfte 2001 zu verzeichnende Anstieg des Budgetdefizits negativ im Risikoindikator nieder. Die Nationalbank reagierte auf die Ausweitung der staatlichen Nachfrage mit Zinserhöhungen. Dies führte zu einer Verschlechterung der monetären Indikatoren im Frühwarnsystem.

In Ungarn und der Slowakei zeichnete sich sogar ein ähnlicher Konflikt zwischen einer expansiv angelegten Fiskalpolitik und der gegensteuernden Geldpolitik ab, wie er in Polen seit 1998 anhält. Dies wird voraussichtlich die weitere wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. In den kommenden Monaten ist mit einer weiteren Verschlech-

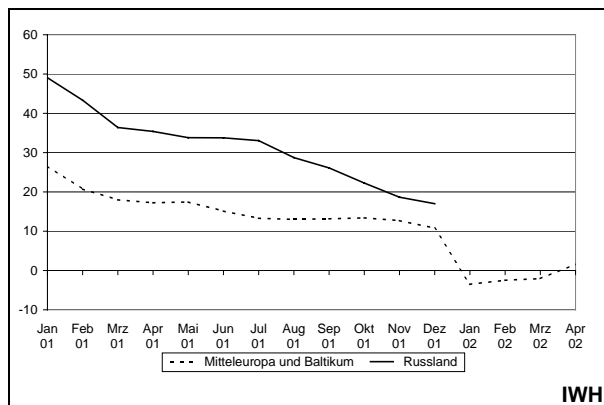
terung des Indikators „Budgetsaldo“ in beiden Ländern zu rechnen. Schon das derzeitige Niveau des Risikopotenzials deutet auf dringenden wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf hin. Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist wahrscheinlich und im Hinblick auf den mittelfristig anstehenden EU-Beitritt auch unumgänglich. Diese Maßnahme wirkt kurzfristig nachfragedämpfend und wird im Jahr 2003 den positiven Impulsen aus der Belebung der Exporte entgegenstehen.

Deutliche Konjunkturabschwächung in diesem Jahr

Im ersten Halbjahr dieses Jahres hat sich das Wirtschaftswachstum in fast allen Ländern der Region stärker als noch zu Beginn des Jahres erwartet abgeschwächt. Für die Prognose des IWH für das Jahr 2002 ergibt sich daraus nur noch eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Mitteleuropa und dem Baltikum von 2,2% (vgl. Tabelle).

Ursächlich für die deutliche Konjunkturabschwächung waren vor allem die dämpfenden Effekte der anhaltend schwachen Konjunktur in den wichtigs-

Abbildung 1:
Entwicklung der kumulierten^a Exporte in US-Dollar der mitteleuropäischen und baltischen Länder sowie Russlands in die Europäische Union
- Wachstumsraten in % zum jeweiligen Vorjahreszeitraum -



^a Verglichen wird immer ein Zeitraum vom Januar bis zum Monat x mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Quelle: WIIW-Datenbank, Eurostat, Berechnungen des IWH.

ten Handelspartnerländern. In den ersten Monaten dieses Jahres gingen die Einnahmen der Region Mitteleuropa/Baltische Länder aus den Exporten in die Europäische Union gegenüber den entsprechenden Vorjahresperioden sogar leicht zurück (vgl. Abbildung 1).

Träger des Wirtschaftswachstums in den mittel- und osteuropäischen sowie den baltischen Ländern war die Inlandsnachfrage, darunter insbesondere die Anlageinvestitionen und der private Verbrauch. Letzterer basierte vor allem auf starken Einkommenszuwächsen der privaten Haushalte. Die private Nachfrage wurde in Ungarn und Tschechien durch eine expansive Fiskalpolitik gestützt. So trugen in Ungarn die Anhebung von Gehältern im öffentlichen Dienst, Steuersenkungen für Unternehmen und staatlich geförderte Bauprogramme zur Entwicklung der Binnenkonjunktur bei. In beiden Ländern setzte die konjunkturelle Belebung bereits gegen Ende des ersten Quartals 2002 ein; es zeichnete sich ein Anziehen der Industrieproduktion ab. In Polen stellte sich die Situation hingegen anders dar. Die Hochzinspolitik der Nationalbank hatte bereits im Vorjahr über eine nahezu stagnierende Inlandsnachfrage eine markante konjunkturelle Abschwächung zur Folge. Die schrittweisen Zinssenkungen der polnischen Nationalbank im ersten Halbjahr dieses Jahres hatten noch keine Auswirkungen auf das Investitionsverhalten der Unternehmen. Positive Impulse kamen hingegen von den Exporten, die im zweiten Quartal 2002 anzo-

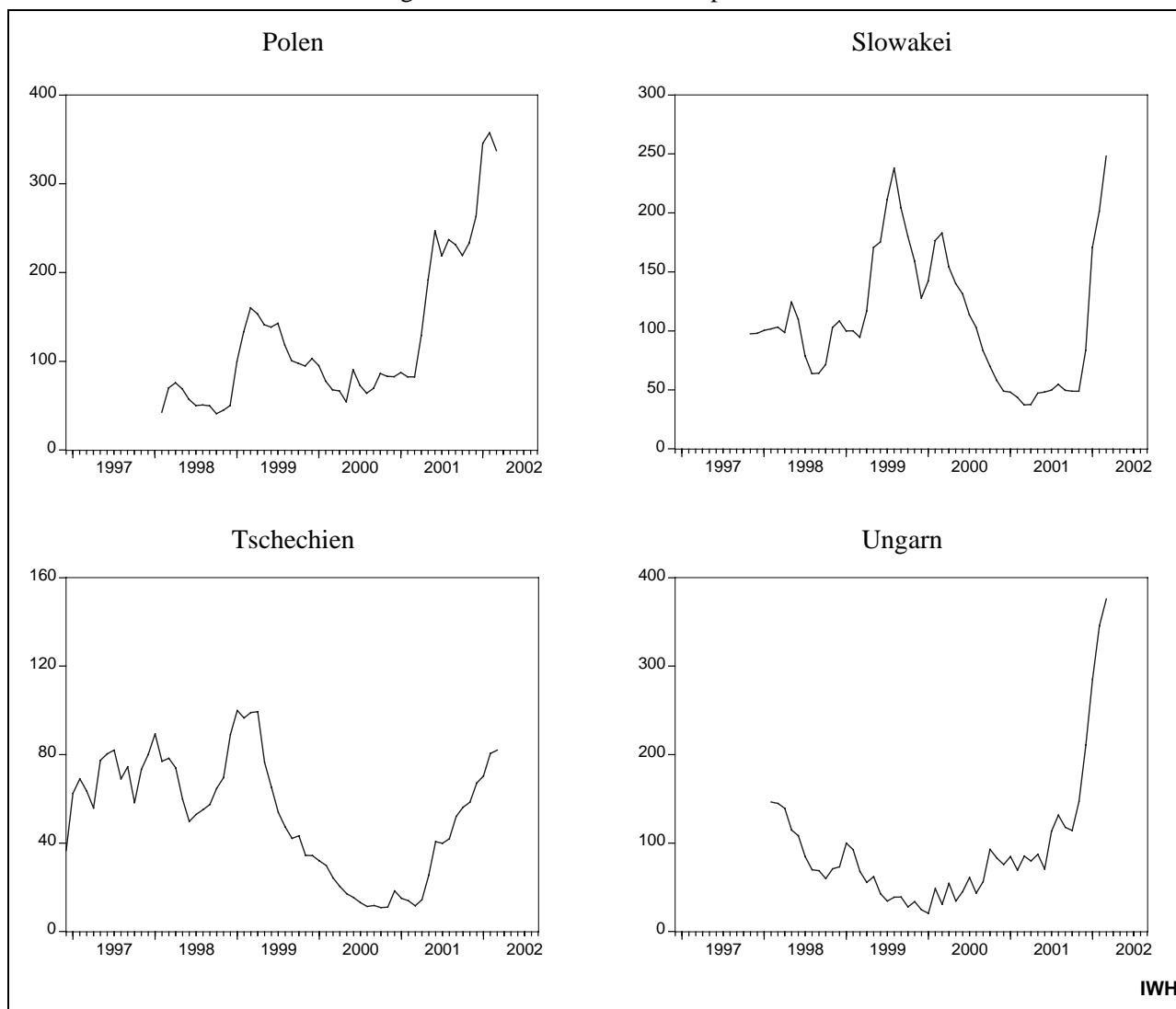
In Slowenien, der Slowakei, Bulgarien und den baltischen Ländern gingen stimulierende Effekte vom privaten Konsum auf die Konjunktur aus. In diesen Ländern zeichnete sich auch eine Belebung der Industrieproduktion ab. In Russland hingegen schwächte sich der Produktionsanstieg aufgrund des schlechten weltwirtschaftlichen Umfeldes bis in das erste Quartal 2002 hinein ab. Verantwortlich hierfür waren vor allem der Rückgang der Erdölpreise und eine geringere Energienachfrage in Westeuropa. Zudem beeinträchtigte die reale Aufwertung des Rubel gegenüber dem US-Dollar und dem Euro die Wettbewerbsfähigkeit russischer Anbieter auf den internationalen Märkten. Weiterhin kräftig wuchsen jedoch der private Verbrauch und die Investitionen. Bei einer Fortsetzung dieses Trends wird die russische Wirtschaft im Jahr 2002 real um rund 4% zulegen. Da Russland das größte Gewicht bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Mittel- und Osteuropa besitzt, wird der Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität in dieser Region in diesem Jahr etwa 3% betragen. Dies entspricht im Wesentlichen der Frühjahrsprognose, obwohl in Mitteleuropa die Konjunkturabkühlung stärker ausfiel als ursprünglich erwartet.

Die Inflation ging im vergangenen Jahr, bedingt durch eine geringere Zunahme der Nahrungsmittelpreise und sinkende Erdölpreise, in fast allen Ländern zurück. Dieser Trend hielt auch in der ersten Hälfte dieses Jahres an. Im weiteren Verlauf des Jahres 2002 und im Jahr 2003 wird der Preis für Erdöl vor dem Hintergrund einer wachsenden Energienachfrage in Westeuropa anziehen, mit Auftriebenden für die Inflation. Auch die expansive Fiskalpolitik einiger Regierungen wird preistreibende Wirkungen auslösen. Der Rückgang der Inflationsrate wird deswegen insbesondere in Ungarn, Polen und der Slowakei im Jahr 2003 weniger stark ausfallen als in diesem Jahr. In Tschechien wird der Preisauftrieb 2003 sogar leicht zunehmen, weil die tschechische Nationalbank im Unterschied zu den anderen Nationalbanken auf absehbare Zeit nicht zinspolitisch tätig werden wird.

Belebung der wirtschaftlichen Aktivität erfolgt erst allmählich

Der Prognose für das Jahr 2003 liegt die Annahme zugrunde, dass sich das weltwirtschaftliche Umfeld im späteren Verlauf des Jahres 2002, insbesondere in den Vereinigten Staaten, allmählich erholen wird. Dann dürfte gegen Ende des Jahres 2002 auch die Nachfrage aus Westeuropa nach Gütern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern

Abbildung 2:
Verlauf des Risikoindikators für ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder



Anmerkung: Ein Anstieg des Indikators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotenzials für eine Finanzkrise.

Quelle: WIIW Datenbank; Berechnungen des IWH.

zulegen. Positive Impulse des Außenhandels für die Konjunktur werden sich allerdings erst im Verlauf des Jahres 2003 zeigen. Demgegenüber werden von einer voraussichtlich restriktiveren Fiskalpolitik dämpfende Effekte auf das Wirtschaftswachstum in einigen Ländern ausgehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird in Mitteleuropa und dem Baltikum im Jahr 2003 insgesamt real um 3,5% steigen. Damit würde die Wachstumsabschwächung im Jahr 2002 im nächsten Jahr jedoch nicht vollständig kompensiert werden. In Russland⁵ besteht im Gegensatz zu den

wichtigsten mittel- und osteuropäischen Ländern kein fiskalischer Konsolidierungsbedarf, der den konjunkturellen Aufschwung dämpfen könnte. Nach einem Anstieg des Wirtschaftswachstums von etwa 4% im Jahr 2002 dürfte es 2003 im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung mit 5% sogar etwas kräftiger ausfallen. Insbesondere die Entwicklung in Russland wird dazu beitragen, dass das Wirtschaftswachstum der gesamten Region mit 4,2% deutlich über dem des Jahres 2002 liegen wird.

Martina Kämpfe
(Martina.Kämpfe@iwh-halle.de)
Thomas Linne
(Thomas.Linne@iwh-halle.de)

⁵ Zur detaillierten Prognose der Konjunkturaussichten der russischen Wirtschaft vgl. GOROKHOVSKIJ, B.; KÄMPFE, M.: Die wirtschaftliche Lage Russlands. Neunzehnter Bericht, in: IWH-Sonderheft 1/2002.

Effekte eines beschleunigten Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland – Das Beispiel der A 72 Chemnitz-Leipzig

In den neuen Ländern sind im Vergleich zu den alten Ländern noch immer bedeutende Infrastrukturrückstände zu verzeichnen. Im Hinblick auf die Verbesserung der Standortqualität ostdeutscher Regionen gilt es die entsprechenden Nachteile zügig zu überwinden. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass eine beschleunigte Realisierung von Infrastrukturprojekten zusätzliche Wachstumsimpulse auslöst. Dies hat das IWH am Beispiel des geplanten Neubaus der Autobahn A 72 Chemnitz-Leipzig empirisch belegt.

Nach ursprünglicher Planung des Bundes soll nur eine Teiltrasse der A 72 von 9 km bis 2006 fertiggestellt werden. Die Analysen zeigen, dass bei einer vorgezogenen Inbetriebnahme der Gesamttrasse ein beträchtlicher Wachstumsschub im mitteldeutschen Raum zu erwarten ist, d. h. in den von der A 72 tangierten und in den weiter davon entfernt gelegenen Landkreisen und Kreisfreien Städten. Nach Schätzungen des IWH können beispielsweise die Industrieinvestitionen im Kreisdurchschnitt in einer Periode von zwei Jahren um etwa 7% ansteigen. Ähnliche hohe Werte wurden für die Beschäftigung und den Umsatz berechnet. Je eher die Gesamttrasse gebaut wird, um so früher können die Wachstumsimpulse ausgelöst werden. Bei der Inbetriebnahme der Teiltrasse sind hingegen keine nennenswerten Wachstumseffekte zu erwarten.

Relevanz eines beschleunigten Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur

Der Verkehrsinfrastruktur einer Region wird eine besondere Wachstums- und Standortbedeutung eingeräumt.⁶ Danach kann eine Verbesserung der Verkehrsanbindung die Produktivität der privaten Faktoren erhöhen und zusätzliche Investitionen auslösen. Das lässt sich mit dem Wirksamwerden des zusätzlichen Inputs „Infrastruktur“ in der regionalen Produktionsfunktion erklären. Dieser erweitert die Produktionsmöglichkeiten; die Produktivität des Kapital- und Arbeitseinsatzes erhöht sich. Ein mehr oder minder stark ausgeprägter positiver Einfluss der Infrastruktur auf das Wachstum

und die Produktivität wurde durch eine Reihe von Studien empirisch belegt.⁷

Sind in einer Region Defizite der Verkehrsinfrastruktur zu verzeichnen, können sich durch deren Beseitigung die Standort- und Wachstumsbedingungen verbessern. So löst der Neubau von Verkehrswegen, etwa der einer Autobahn, einen infrastrukturbedingten Wachstumsschub aus. Je eher die Autobahn gebaut und in Betrieb genommen wird, um so früher treten die Wachstumsimpulse ein. Da der Entwicklungsrückstand der neuen Länder nicht unerheblich auf die vergleichsweise schlecht ausgebaute Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen ist, kann durch einen beschleunigten Aus- und Neubau von Verkehrswegen der wirtschaftliche Aufholprozess begünstigt werden.

Gerade für die Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland besteht trotz bisher umfangreicher Baumaßnahmen und spürbarer Ausbaufortschritte noch immer hoher Nachholbedarf, sodass hier Investitionen relativ starke zusätzliche Wachstumseffekte auslösen können. Nach Schätzungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung wird der Kapitalstock der Länder- und Gemeindestraßen in den ostdeutschen Flächenländern im Jahr 2005, also im Jahr des Inkrafttretens des Solidarpaktes II, pro Einwohner erst bei ca. 61% des westdeutschen Wertes liegen.⁸ Für den Kapitalstock der ostdeutschen Bundesstraßen und -autobahnen ergibt sich für das Jahr 2005 ein Abstand von ca. 84% bzw. 85% des westdeutschen Niveaus.⁹

Auch bei Erreichbarkeitsindikatoren von Regionen, die im Gegensatz zu Kapitalstockindikatoren die Qualität (das Leistungsvermögen) und nicht die Quantität der Infrastrukturausstattung in den Vordergrund rücken, sind relevante Abstände zwischen Ost- und Westdeutschland zu verzeichnen. Entsprechende Kenngrößen sind Fahrzeiten zu bedeutenden Wirtschaftsräumen (Agglomerations- bzw. Stadtverdichtungsräumen) oder zu An-

⁶ Näheres in KOMAR, W.; KROLOPP, E.; RAGNITZ, J.: Regionale Effekte von Infrastrukturinvestitionen – Das Beispiel der Bundesautobahn A 72 Chemnitz-Leipzig, Studie im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit. IWH-Sonderheft 2/2002. Halle, S. 6 ff.

⁷ Vgl. PFÄHLER, W.; HOFMANN, U.; BÖNTE, W.: Does Extra Public Infrastructure Capital Matter? An Appraisal of Empirical Literature. Finanzarchiv, Bd. 53, 1996, S. 68 ff.

⁸ Vgl. VESPER, D.: Zum infrastrukturellen Nachholbedarf in Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 20/01.

⁹ Berechnung des IWH auf der Basis von Prognosedaten des DIW. Vgl. KUNERT, U.; LINK, H.: Prognose des Ersatzbedarfes für die Bundesverkehrswege bis zum Jahr 2020. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 187/2001. Berlin.

schlüssen des überregionalen Verkehrs (etwa zum nächsten Autobahnanschluss). Nach Angaben des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung lag beispielsweise die mittlere PKW-Fahrzeit zu den nächsten drei Kernen von Agglomerationsräumen im Durchschnitt aller ostdeutschen Kreise im Jahr 1999 um etwa ein Drittel über dem westdeutschen Wert. Das ist vor allem auf das noch nicht entsprechend ausgebaute Straßennetz (fehlende Ortsumgehungen, zu geringere Dichte des Fernstraßennetzes) und den nicht befriedigenden Straßenzustand zurückzuführen.¹⁰ Die Lage dürfte sich erst verändern, wenn weitere (noch nicht fertiggestellte bzw. nicht begonnene) Projekte realisiert und die Straßenqualität verbessert werden.

Nach Berechnungen des IWH, in denen die Ausstattung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern mit Erreichbarkeitsindikatoren (Fahrzeiten zum nächsten Autobahnanschluss) abgebildet wurde, lassen sich etwa 10% des Produktivitätsrückstandes des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands durch Ausstattungsunterschiede der Straßeninfrastruktur erklären.¹¹

Ziel und Bereich der Untersuchung

Angesichts der wirtschaftlichen Relevanz der Verkehrsinfrastruktur wird im Folgenden geprüft, welche Wachstumsimpulse ein Vorziehen von später (nach 2004) geplanten Verkehrsprojekten in Ostdeutschland auslösen kann. Am Beispiel des Neubaus der Bundesautobahn A 72 Chemnitz-Leipzig wird untersucht, welche regionalen Effekte infolge einer vorzeitigen Inbetriebnahme der Gesamttrasse im mitteldeutschen Raum entstehen können. Es geht also nicht um die Frage, ob die A 72 überhaupt gebaut werden soll bzw. ob etwa andere Verkehrsobjekte (Infrastrukturprojekte) volkswirtschaftlich wichtiger sind. Die exemplarische Untersuchung zielt ausschließlich darauf ab, die zusätzlichen regionalen Wachstumsimpulse zu quantifizieren, die in der Nutzungsphase der neuen A 72 entstehen und die bei einer vorzeitigen Inbetriebnahme eher wirksam werden können.¹²

¹⁰ Näheres hierzu in KOMAR, W.: Ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur: Weiterhin hoher Investitionsbedarf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2000, S. 130 ff.

¹¹ Vgl. RAGNITZ, J.; MÜLLER, G.; WÖLFL, A. u. a.: Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Das Beispiel der neuen Länder. IWH-Sonderheft 3/2001, Halle, S. 154 ff.

¹² Die während des Infrastrukturbaus entstehenden nachfragebedingten zeitweiligen Effekte werden nicht analysiert, weil das eigentliche Ziel des Infrastrukturausbaus in

Mit dem Bau der A 72 sollen die Ballungsräume Leipzig-Halle und Chemnitz-Zwickau durch eine Autobahn direkt verbunden werden, indem die vorhandene A 72, die von Bayern (Hof) aus bis in den Raum Plauen-Zwickau-Chemnitz reicht, vom Oberzentrum Chemnitz bis zum Oberzentrum Leipzig weitergeführt wird (vgl. Abbildung). Die etwa 9 km lange Teiltrasse von Chemnitz bis Niederfrohna soll bis 2006 errichtet werden. Für die etwa 31 km lange Strecke von Niederfrohna bis Borna Süd ist der Baubeginn und die Fertigstellung noch offen. Ab Borna Süd ist vorerst vorgesehen, die bis 2003 zu errichtende Umgehung Borna und die schon existierende vierspurige Bundesstraße B 95 bis Leipzig in das Fernstraßennetz einzugliedern.

Das Investitionsvolumen der kompletten Autobahn wird mit etwa 423 Mio. Euro, das der Strecke von Niederfrohna bis Borna Süd mit etwa 205 Mio. Euro beziffert. Weil die Teiltrasse von Chemnitz nach Niederfrohna nur lokale Verkehrsverbesserungen und damit lediglich geringe wirtschaftliche Effekte zur Folge hätte, ist der Freistaat Sachsen daran interessiert, dass die Strecke Niederfrohna-Borna Süd bereits bis zum Jahr 2006 fertiggestellt wird. Vor diesem Hintergrund haben der Freistaat Sachsen und die Städte Leipzig und Chemnitz mittlerweile mit dem Bund vereinbart, sich an der Finanzierung der Teilstrecke Niederfrohna-Borna Süd zu beteiligen.

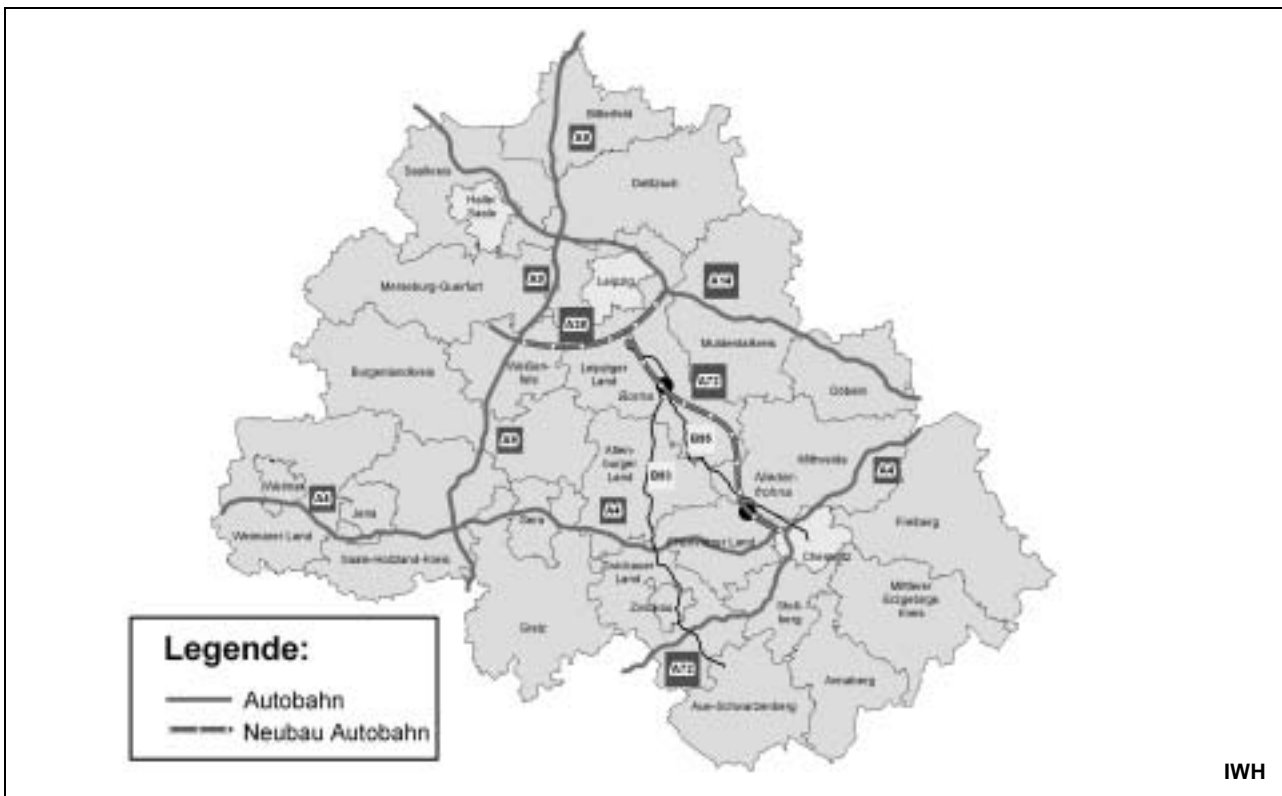
Das hier betrachtete Untersuchungsgebiet (im Folgenden als „regionales Einzugsgebiet der A 72“ bezeichnet) umfasst Landkreise und Kreisfreie Städte, die nach Berechnungen des IWH durch Fahrzeitverkürzungen bei Transporten im mitteldeutschen Raum infolge der Nutzung der vollständig ausgebauten A 72 wirtschaftlich profitieren können.¹³ Die Abbildung zeigt die betreffenden Landkreise und Kreisfreien Städte. Dazu zählen neben den Kreisen und Kreisfreien Städten, durch welche die A 72 verläuft, auch weiter davon entfernte Kreise und Kreisfreie Städte. Nach den Berechnungen des IWH wird sich z. B. die mittlere PKW-Fahrzeit zu den nächsten drei Agglomerationskernen im Durchschnitt aller Kreise um etwa 9% verkürzen. Für an der Trasse gelegene Kreise sind mit 14% höhere Reduzierungen zu erwarten

der Verbesserung der Leistungsfähigkeit (der Standortattraktivität der Region) und nicht in der Erzielung von Konjunkturreffekten besteht.

¹³ Die Berechnungen wurden mit einem digitalisierten Verkehrsnetz durchgeführt. Vgl. KOMAR, W.; KROLOPP, E.; RAGNITZ, J., a. a. O., S. 24 ff.

Abbildung:

Trasse der A 72 und in die Analyse einbezogene Landkreise und Kreisfreie Städte



Quelle: Darstellung des IWH.

als für weiter entfernt gelegene Kreise (6%). In Einzelfällen können aber auch für abgelegene Kreise große Zeitersparnisse eintreten, so für die Landkreise Stollberg (20%), Aue/Schwarzenberg (13%) und Annaberg (12%).

Zusammenhänge zwischen Verkehrsanbindung und Wachstumsindikatoren

Zunächst wurde auf der Basis von graphischen Darstellungen und Regressionsanalysen geprüft, ob Zusammenhänge zwischen der Verbesserung der Verkehrsanbindung und Indikatoren des Wirtschaftswachstums für Kreise des Einzugsgebietes der A 72 existieren. Die Grundlage hierfür bildeten die zuvor ermittelten Fahrzeiten von ausgewählten kreisangehörigen Gemeinden (in der Regel mit einer Größe von mehr als 4 000 Einwohnern) zu den nächsten Kernstädten von Agglomerations- bzw. Stadtverdichtungsräumen. Dabei werden die Kernstädte als Zentren von Beschaffungs- und Absatzmärkten bzw. Siedlungsräumen angesehen, zu denen bzw. von denen aus Güter- und Personentransporte stattfinden. Je nach räumlicher Lage der Kreise und dem zu ermittelnden Erreichbarkeitsindikator fungierten die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz als Kerne von Agglomerationsräu-

men und zusätzlich die Städte Halle, Zwickau, Gera und Jena als Kerne von Stadtverdichtungsräumen. Die Einbeziehung weiterer Verdichtungsräume war nicht notwendig, da sich deren Erreichbarkeit durch den Bau der A 72 nicht spürbar verändert. Als Wachstumsindikatoren für das Einkommen bzw. die Beschäftigung standen auf der Ebene der Kreise Daten der amtlichen Betriebsstatistik für die Industrie (den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe) zur Verfügung, u. a. die Investitionen, der Umsatz und die Beschäftigten.

Die geschätzten Regressionsbeziehungen zwischen Fahrzeiten und Investitionen bzw. Umsatz pro Beschäftigten lassen auf einen positiven Einfluss einer verbesserten Verkehrsanbindung auf das Wachstum und die Produktivität schließen. Die negativen Anstiege der entsprechenden Kurven deuten darauf hin, dass eine Fahrzeitverkürzung Wachstumsimpulse auslösen kann. Allerdings erwiesen sich die berechneten Koeffizienten der Schätzfunktionen als nur schwach signifikant. Zudem war der Erklärungsgehalt der Beziehungen zu gering.¹⁴ Offensichtlich ist der Umfang der Stich-

¹⁴ Dieser wurde mit dem Bestimmtheitsmaß gemessen, das den Anteil der Streuung des Regressanden (Investitionen

probe zu klein (27 Landkreise und Kreisfreie Städte im Einzugsgebiet der A 72), um belastbare Ergebnisse erzielen zu können. Deswegen wurden die Schätzungen auf alle ostdeutschen Kreise und Kreisfreien Städte erweitert und hierfür Daten aus früheren Analysen herangezogen.¹⁵ Die ermittelten Zusammenhänge zwischen den Fahrzeiten und Investitionen bzw. Umsätzen pro Beschäftigten sind deutlich stärker ausgeprägt. Wie zu erwarten war, zeigten die Analysen aber auch, dass Unterschiede der Investitionen, des Umsatzes und der Beschäftigung zwischen den Kreisen nicht allein durch die Variation der Erreichbarkeitsindikatoren erklärt werden können.

Wachstumsimpulse

Im Hinblick auf die Abschätzung der Wachstums- und Beschäftigungseffekte werden nunmehr weitere Variablen in die Analyse einbezogen. Das wird im Folgenden am Beispiel der Investitionen näher dargestellt. Als weitere erklärende Variable bieten sich auf der Kreisebene u. a. an: das Arbeitskräfte- und Humankapitalangebot, das technologische Wissen, das Gewerbeflächenangebot, Agglomerationsvor- bzw. -nachteile, die Ausstattung mit Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Ferner kann die Kapitalintensität der Produktion eine Rolle spielen, die u. a. auch von der Branchenstruktur beeinflusst wird. So dürfte in Kreisen mit hohem Anteil kapitalintensiver Branchen mehr investiert werden und umgekehrt. Darüber hinaus sind weitere Brancheneinflüsse zu beachten. Beispielsweise dürften in Regionen mit hohem Besatz an Zweigen mit günstigen Markt- und Ertragschancen (Wachstumsbranchen) höhere Investitionen zu beobachten sein, als in entsprechend schwächeren Regionen.

Zur Quantifizierung des Einflusses der Verkehrsanbindung und weiterer Variablen auf die Investitionen wurden verschiedene Modellspezifikationen analysiert. Unter den datentechnisch realisierbaren Varianten wurde die beste Schätzgüte mit einer Funktion erzielt, die sich auf alle ostdeut-

schen Kreise einschließlich der Kreise im Einzugsgebiet der A 72 und auf eine Periode von zwei Jahren bezieht (vgl. Kasten). Danach hängen die Investitionen in den Kreisen signifikant ab von

- der mittleren Fahrzeit zu den nächsten drei Agglomerationskernen,
- dem Umsatz pro Beschäftigten des Bergbaues und Verarbeitenden Gewerbes,
- dem Kreisbesatz mit Verarbeitendem Gewerbe,
- der Kreisgröße.

Hinweise zu den einbezogenen Variablen enthält der Kasten.¹⁶ Die berechneten Koeffizienten der Funktion sind als Elastizitäten zu interpretieren. Der Wert von -0,764 für die Variable F3AR, besagt, dass die Investitionen im Kreisdurchschnitt in einer Periode von zwei Jahren um etwa 0,8% ansteigen können, wenn sich die Fahrzeit zu den nächsten drei Agglomerationskernen um ein Prozent verkürzt, etwa durch den Neubau der A 72.

Auch für den Umsatz und die Beschäftigung wurden verschiedene Schätzansätze untersucht; die Gleichungen mit den besten Güteparametern sind im Kasten aufgeführt. Die Gleichungen (1), (2) und (3) bilden somit die Grundlage für die Berechnung von Veränderungen der Investitions-, Umsatz- und Beschäftigungsniveaus in den Kreisen des Einzugsgebietes der A 72. Diesbezüglich wurden die Ergebnisse einer Basisvariante (vorhandenes Straßennetz ohne A 72) einer Variante gegenübergestellt, bei der die A 72 vollständig existiert (Variante „Gesamttrasse“) und die berechneten Zeitersparnisse zu den nächsten drei Agglomerationskernen wirksam werden können. Danach ergibt sich ein bedeutsamer Anstieg der Industrieinvestitionen. Die berechnete Niveauerhöhung, die sich auf den Kreisdurchschnitt und auf eine Periode von zwei Jahren bezieht, liegt bei etwa 7,2% (vgl. Tabelle). Für die Teiltrasse bis Niederfrohna wurde erwartungsgemäß keine nennenswerte Niveauveränderung ermittelt (0,1%).

Die geschätzte Niveauveränderung für die Beschäftigung, die direkt auf die Verkürzung der Fahrzeit zurückgeführt werden kann, macht etwa 3% aus. Darüber hinaus kann aber in der betrachteten Periode ein zusätzlicher Beschäftigungsimpuls infolge der zusätzlichen Investitionen ausgelöst werden. Dieser lässt sich abschätzen, indem in die Gleichung (2) neben der Fahrzeitreduzierung der zuvor mit der Gleichung (1) berechnete Wert

bzw. Umsatz pro Beschäftigten) angibt, der sich formal auf den Regressor (die Fahrzeiten) zurückführen lässt.

¹⁵ Vgl. DIETRICH, V.; RAGNITZ, J.; ROTHFELS, J. u. a.: Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern – Abschlußbericht. IWH-Sonderheft 1/1998, S. 178 ff. sowie RAGNITZ, J.; MÜLLER, G.; WÖLFL, A. u. a.: Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Das Beispiel der neuen Länder. IWH-Sonderheft 3/2001, S. 166 ff.

¹⁶ Näheres hierzu in: KOMAR, W.; KROLOPP, E.; RAGNITZ, J., a. a. O., S. 32 ff.

Kasten:

Schätzergebnisse und Schätzgleichungen

Gleichung (1): Abhängigkeit der Investitionen von den Fahrzeiten und weiteren erklärenden Variablen

$$\ln I_i = -0,764 \ln F3AR_i + 0,458 \ln UB_i + 0,474 \ln QV_i + 0,299 \ln (QB_i * QF_i) + 11,633$$

-3,486	2,218	2,870	4,871	4,482 (T-Statistik), $R^2 = 0,48$.
--------	-------	-------	-------	-------------------------------------

Die Koeffizienten der Funktion waren sämtlich auf einem Niveau von mindestens 5% signifikant

I: Investitionen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes 1996-97 (in 1 000 DM),

F3AR: Mittelwert der minimalen PKW-Fahrzeiten von Knotenpunkten des Kreises (Gemeinden) zu den nächsten drei Kernen von Agglomerationsräumen (in Minuten),

UB: Mittelwert Umsatz pro Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1996-97 (in DM),

QV: Mittelwert Kreisbesatz mit Verarbeitendem Gewerbe 1996-97 (Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes zur gesamten Bruttowertschöpfung des Kreises, in %),

QB: Mittelwert des Beschäftigtenanteils des Kreises 1996-97 (Beschäftigte des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Kreises zu den Gesamtbeschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland),

QF: Flächenanteil des Kreises (Kreisfläche zur Gesamtfläche Ostdeutschlands),

i: Index der Kreisfreien Städte und Landkreise in Ostdeutschland, $i = 1 \dots 113$.

Zu den einbezogenen Variablen:

- Die mittleren PKW-Fahrzeiten zu den nächsten drei Agglomerationskernen stehen für die Verkehrsverbundsgüte zu wichtigen Wirtschaftsstandorten.
- Der Umsatz pro Beschäftigten (die Umsatzproduktivität) soll die Kapitalintensität der Produktion approximativ abbilden, weil diese wegen fehlender Daten nicht originär erfasst werden kann. Eine näherungsweise Erfassung über die Investitionen pro Beschäftigten ist nicht möglich, weil die Investitionen als Regressand in der Schätzgleichung abgebildet sind. Nach IWH-Analysen weisen Unternehmen mit hoher Kapitalintensität in der Regel höhere Umsatzproduktivitäten auf.
- Durch den Kreisbesatz an Verarbeitendem Gewerbe QV, gemessen am Anteil der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwertschöpfung des Kreises, soll der Einfluss von Synergieeffekten berücksichtigt werden.
- Der Einfluss der ungleichen Kreisgröße auf die Investitionshöhe wurde durch multiplikativ verknüpfte Beschäftigungs- und Flächenanteilkoeffizienten erfasst. Der Beschäftigungskoeffizient QB misst die Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Kreises in Relation zu den Gesamtbeschäftigten des Bergbaues und Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland. Der Flächenkoeffizient QF ist das Verhältnis von Kreisfläche zur Gesamtfläche Ostdeutschland.

Gleichung (2): Abhängigkeit der Beschäftigung von den Fahrzeiten und weiteren erklärenden Variablen

$$\ln B_i = -0,315 \ln F3AR_i + 0,497 \ln I_i + 0,148 \ln EWD_i + 3,819$$

-3,262	15,527	5,290	5,380 (T-Statistik), $R^2 = 0,78$.
--------	--------	-------	-------------------------------------

Die Koeffizienten der Funktion waren sämtlich auf einem Niveau von mindestens 5% signifikant

B: Beschäftigte des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1996-97 (in Personen),

EWD: Mittelwert der Einwohnerdichte des Kreises 1996-97 (in Einwohner pro qkm Kreisfläche).

Die Berücksichtigung der Investitionen wird mit deren besondere Bedeutung für die Beschäftigung begründet. Mit der Einwohnerdichte soll der Einfluss von Agglomerationen auf die Beschäftigung erfasst werden. Ein hoher Agglomerationsgrad ist zumeist mit einer hohen Ansammlung von Produktionsfaktoren verbunden, sodass Agglomerationsvorteile beschäftigungsbegünstigend wirksam werden können und umgekehrt.

Gleichung (3): Abhängigkeit des Umsatzes von den Fahrzeiten und weiteren erklärenden Variablen

$$\ln U_i = -0,545 \ln F3AR_i + 0,362 \ln IB_i + 0,227 \ln (QB_i * QF_i) + 15,787$$

-3,158	3,433	4,688	10,730 (T-Statistik), $R^2 = 0,42$.
--------	-------	-------	--------------------------------------

Die Koeffizienten der Funktion waren sämtlich auf einem Niveau von mindestens 5% signifikant.

U: Umsatz des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes 1996-97 (in 1 000 DM),

IB: Mittelwert der Investitionen pro Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1996-97 (in DM).

Mit den Investitionen pro Beschäftigten soll die Sachkapitalausstattung näherungsweise erfasst werden. Nach Analysen des IWH weisen Unternehmen mit hoher Sachkapitalintensität einen hohen Umsatz auf und umgekehrt.

der Investitionen eingesetzt wird. Unter Beachtung dieses zusätzlichen über die Investitionen ausgelösten Effektes der verbesserten Verkehrsanbindung ergibt sich eine Erhöhung des Beschäftigungsniveaus um insgesamt ca. 6,9%.

Tabelle:

Niveauveränderungen von Wachstumsindikatoren in der Industrie infolge des Neubaus der A 72 - im Kreisdurchschnitt des Einzugsgebietes um % -

Partielle Impulse	Niveauveränderung	
	Gesamttrasse	Teiltrasse
Erhöhung des Investitionsniveaus durch Fahrzeitreduzierungen	7,2	0,10
Erhöhung des Beschäftigungsniveaus durch Fahrzeitreduzierungen	3,0	0,04
Erhöhung des Beschäftigungsniveaus durch Fahrzeitreduzierungen und den damit verbundenen Investitionsanstieg	6,9	0,10
Erhöhung des Umsatzes durch Fahrzeitreduzierungen	3,5	0,05
Erhöhung des Umsatzes durch Fahrzeitreduzierungen und der damit verbundenen Erhöhung der Kapitalausstattung	6,8	0,08

Quelle: Berechnungen des IWH.

Der berechnete Niveauanstieg des Umsatzes infolge der Fahrzeitverkürzung beträgt 3,5%. In ähnlicher Weise wie bei den Beschäftigten wurde die zusätzliche Umsatzwirkung der verkehrsbedingten Veränderung der Kapitalausstattung – approximiert durch den Quotienten von Investitionen zu den Beschäftigten – mit der Gleichung (3) berechnet. Diese macht etwa 6,8% aus. Hierfür wurden die zuvor mit der Gleichung (1) ermittelten Investitionen (infolge der Fahrzeitverkürzung) und die mit der Gleichung (2) ermittelten Beschäftigten (infolge der Fahrzeitverkürzung und des Investitionsanstieges) herangezogen. Die betreffende Niveauerhöhung des Umsatzes für die Inbetriebnahme der Teiltrasse fällt wiederum sehr klein aus.

Bei der Interpretation der Schätzergebnisse ist zu beachten: Der ermittelte Niveauanstieg gilt im

Kreisdurchschnitt des Einzugsgebietes der A 72, was nicht ausschließt, dass es in anderen Gebieten zu Entzugseffekten kommt. Die realen Veränderungen in den einzelnen Landkreisen bzw. Kreisfreien Städten des Einzugsgebietes streuen um den geschätzten Wert. Von der Niveauerhöhung in der Zweijahresperiode kann nicht auf die Veränderung im Zeitverlauf geschlossen werden. In nachfolgenden Perioden bzw. mit zunehmendem Zeithorizont dürften sich die infrastrukturbedingten Wachstumsimpulse eher abschwächen.

Fazit

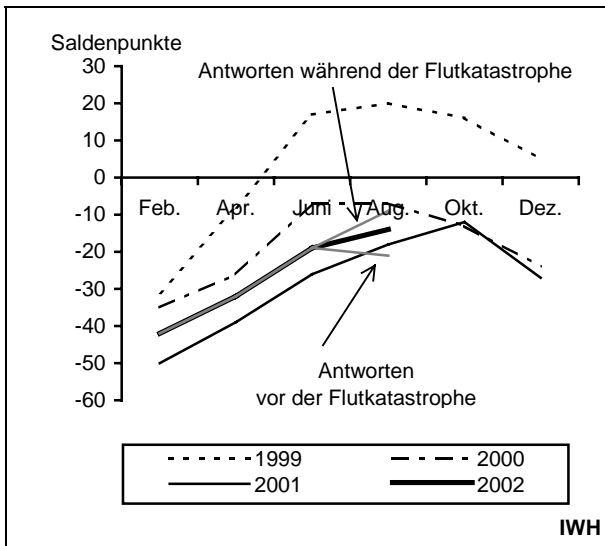
Das Beispiel der A 72 zeigt, dass eine verbesserte Verkehrsanbindung relevante Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen kann. Je früher das Autobahnprojekt realisiert wird, desto eher werden diese wirksam. Für sich genommen sprechen die Ergebnisse für den vorgezogenen Bau der gesamten Trasse. Inwieweit die verkehrsbedingten Effekte tatsächlich eintreten, hängt letztlich auch von der Investitionsdynamik in der Wirtschaft ab. Je mehr die übrigen Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert werden, um so eher können Wachstumsimpulse infolge der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wirksam werden.

Walter Komar
(Walter.Komar@iwh-halle.de)
Joachim Ragnitz
(Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de)

Ostdeutsches Baugewerbe im August 2002: Aussichten auf Beseitigung der Flutschäden heben Stimmung

Im August 2002 stellt sich das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe trotz struktureller Probleme vergleichsweise freundlich dar. Obwohl die Auftragslage zuletzt wieder deutlich nachgegeben hatte, werden Geschäftslage und Geschäftsaussichten durch die vom IWH regelmäßig befragten 300 Unternehmen günstiger bewertet als vor Jahresfrist. Die Hoffnungen der Bauunternehmen richten sich auf Aufträge zur Beseitigung der Hochwasserschäden.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

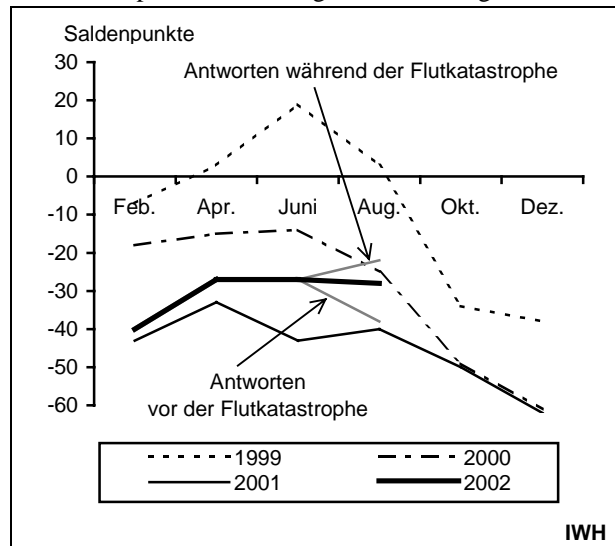


Quelle: IWH-Baumfragen.

In den Bewertungen zum aktuellen Geschäftsklimas überlagern sich konjunkturelle Einflüsse und Sondereffekte aufgrund der Flutkatastrophe. Das zeigt sich deutlich an dem unterschiedlichen Antwortverhalten der Unternehmen in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Befragung. So war die Geschäftslage der vor der Flutkatastrophe befragten Unternehmen wieder auf das niedrige Niveau vom Vorjahr zurückgefallen. Das entspricht jüngsten amtlichen Konjunkturdaten, nach denen die Orderfähigkeit im Bauhauptgewerbe saisonbereinigt wieder deutlich abwärtsgerichtet war, am stärksten im Wohnungsbau. Demgegenüber schätzen die während der Überschwemmung interviewten Unternehmen ihre Geschäftslage günstiger ein als es die Nachfrage erwarten ließ und das, obwohl auch im

IWH-Panel eine Reihe von Unternehmen direkt durch Schäden am Firmensitz oder indirekt über die Baustellen von der Naturkatastrophe betroffen war. Dieser Stimmungsumschwung kommt vor allem von den Hoch- und Ausbauunternehmen, deren Geschäfte wegen der sofort einsetzenden Instandsetzungsarbeiten schon zu diesem Zeitpunkt Impulse erhielten. Demgegenüber hat der Tiefbau aufgrund von Produktionsausfällen während der Unwetter einen leichten Dämpfer bekommen, gleich-

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

wohl fallen die Negativurteile hier wegen laufenden Großprojekte geringer aus als zuvor.

Angesichts der hohen Flutschäden und des zu erwartenden Mitteleinsatzes zu deren Beseitigung ist die Abweichung nach oben bei den *Geschäftserwartungen* noch deutlicher als bei der Lage. Von Impulsen gehen hier aber nur die Tief- und Ausbauunternehmen aus, bei Letzteren überwiegen dabei die Negativurteile noch deutlich. Im Hochbau hält sich die Skepsis sogar auf dem niedrigen Niveau vom Vorjahr. Die zusätzlichen Bauaktivitäten werden sich weniger auf den Neubau als vielmehr auf die Instandsetzung und Sanierung im infrastrukturellen Bereich und im Gebäudebestand der betroffenen Regionen konzentrieren. Die nur leichte Aufhellung hängt wohl auch damit zusam-

men, dass ein Großteil der Schadensbeseitigung an selbstgenutzten Wohngebäuden über Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe der privaten Haushalten erfolgt und deshalb nicht bei den Baubetrieben ankommt. Alles in allem werden die zusätzlichen Investitionen in diesem Jahr nicht einmal den zuletzt

beobachteten Nachfrageeinbruch ausgleichen können, im nächsten Jahr dürfte es aber wohl zu einem temporären Schub kommen.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – August 2002

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Aug 01	Juni 02	Aug 02	Aug 01	Juni 02	Aug 02	Aug 01	Juni 02	Aug 02	Aug 01	Juni 02	Aug 02	Aug 01	Juni 02	Aug 02
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	11	11	9	30	29	34	48	41	40	11	19	17	-18	-19	-14
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	10	9	8	31	33	37	46	40	36	13	18	19	-18	-16	-10
darunter ^b															
Hochbau	13	10	8	31	32	36	44	36	35	12	22	22	-12	-16	-13
Tiefbau	5	9	8	30	33	40	51	44	37	14	14	15	-30	-15	-4
Ausbaugewerbe	14	15	12	28	22	27	49	43	48	9	20	14	-16	-26	-24
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	17	13	15	22	28/	35	49	38	34	12	21	17	-23	-18	-2
20 bis 249 Beschäftigte	11	12	8	31	29	31	47	40	43	10	20	19	-15	-19	-22
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	43	33	80	43	67	20	14	0	0	-14	-33	60
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	5	10	7	36	36	36	46	39	40	13	15	17	-18	-7	-14
Neugründungen	7	10	10	24	28	37	58	47	34	11	15	19	-38	-24	-7
Bauhandwerk	22	16	9	30	19	32	39	34	43	9	31	17	4	-31	-19
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	6	10	7	24	26	30	54	47	45	16	17	19	-40	-27	-28
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	6	8	6	25	28	29	51	49	46	18	15	19	-39	-27	-29
darunter ^b															
Hochbau	7	10	4	24	30	25	49	44	48	21	16	23	-39	-20	-42
Tiefbau	3	6	9	27	26	38	56	55	41	14	13	12	-40	-37	-6
Ausbaugewerbe	8	14	7	22	22	31	59	43	43	11	21	20	-40	-27	-25
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	10	12	9	22	26	33	50	41	39	18	21	19	-35	-25	-15
20 bis 249 Beschäftigte	6	11	6	24	25	24	53	49	52	17	16	18	-41	-29	-40
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	29	50	80	71	50	20	0	0	0	-43	0	60
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	1	10	7	27	29	32	60	52	44	12	10	16	-44	-23	-21
Neugründungen	8	11	3	25	26	36	45	49	44	22	14	17	-34	-25	-21
Bauhandwerk	8	10	7	23	24	26	52	33	47	17	33	21	-38	-31	-35

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Impressum

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Präsident: Professor Dr. Rüdiger Pohl

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 77 53 701

Telefax: (0345) 77 53 820

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Das IWH ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft
Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)

Redaktion: Dr. Manfred Packeiser
(Manfred.Packeiser@iwh-halle.de)

Layout: Ingrid Dede

Telefon: (0345) 77 53 720/721

Telefax: (0345) 77 53 718

Erscheinungsweise: 16 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,60 Euro

Jahresbezug 31,00 Euro

(zuzüglich Versandkosten)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 56 666-0

Wirtschaft im Wandel, 8. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. September 2002

ISSN 0947-3211

Wirtschaft im Wandel

11/2002

Windenergienutzung

– ein Kommentar

Job-AQTIV Gesetz

Reform des Arbeitsmarktes –
Hartz-Vorschläge reichen nicht

Die Currency boards der
baltischen Beitrittsländer sind
stabil und mit dem Wechselkurs-
mechanismus der EU kompatibel

Weiterhin Differenzen in der
subjektiven Lebenslagebewertung
in Ost- und Westdeutschland

IWH-Industrienumfrage im Juli 2002

Sonderhefte

2/2002

Regionale Effekte von
Infrastrukturinvestitionen in den
neuen Bundesländern

Das Beispiel der Bundesautobahn A72
zwischen Chemnitz und Leipzig

52 Seiten, Juli 2002, Preis: 10,00 Euro
ISBN 3-930963-69-8

1/2002

Die wirtschaftliche Lage
Russlands

Die wirtschaftliche Lage der
Republik Belarus

19. Bericht

44 Seiten, Juli 2002, Preis: 10,00 Euro
ISBN 3-930963-69-X

Schriften des IWH

(Bestellungen bei der
Nomos-Verlagsgesellschaft)

Axel Brüggemann / Thomas Linne

Die Bestimmung des Risiko-
potenzials von Finanzkrisen anhand
eines Frühwarnindikatorensystems

Eine Untersuchung der EU-Beitritts-
kandidatenländer und ausgewählter Staaten
Mittel- und Osteuropas

Band 13, 111 Seiten, 1. Auflage 2002,
Preis: 20,00 Euro, ISBN 3-7890-8118-3

**Gesamtübersicht
der IWH-Publikationen unter:
<http://www.iwh-halle.de>**